

Änderungsantrag zum JU Wahlprogramm zur Kommunalwahl am 09.06.2024

Antragsteller: Junge Union Kreisverband Saarlouis

Abschnitt: Bildung für alle – Individuelles Fördern und Fordern stärken

Änderungsantrag

ersetze:

Die Junge Union Saar setzt sich für eine zukunftsorientierte Bildungspolitik ein, die auf Chancengleichheit sowie individuelles Lernen setzt.

durch:

Die Junge Union Saar setzt sich für eine zukunftsorientierte Bildungspolitik ein, die auf Chancengleichheit, das Leistungsprinzip, sowie individuelles Lernen setzt.

Begründung:

erfolgt ggf. mündlich

Änderungsantrag zum JU Wahlprogramm zur Kommunalwahl am 09.06.2024

Antragsteller: Junge Union Kreisverband Saarlouis

Abschnitt: Bauliche Entwicklung an Schulen fördern

Kommentiert [R2]: Ä7

Änderungsantrag

Absatz streichen und ersetzen durch:

Bedarfsgerechte Förderung von Ausbau-, Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen unserer Bildungsinfrastruktur

Ausbau-, Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen belasten unsere kommunalen Haushalte enorm. Betrachtet man die ohnehin schon hohe Schuldenlast und die klammen Kassen unserer Kommunen, so wird schnell klar, dass bedarfsgerechte Maßnahmen ohne zusätzliche Fördermittel des Landes nicht in allen Einrichtungen realisierbar sind. Dem muss schnellstmöglich entgegengetreten werden.

Wir sehen die Landesregierung folgerichtig vor allem im Hinblick auf notwendige bauliche Maßnahmen in der Pflicht, für eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen zu sorgen, damit diese auch in Zukunft handlungs- und krisenfähig bleiben. Die bisher vollmundig angekündigten 205 Millionen Euro sind im Hinblick auf ihren Verwendungszweck trügerisch, da ganze 100 Millionen Euro davon aus dem Transformationsfonds stammen und ausschließlich zur energetischen Sanierung verwendet werden dürfen - also nicht zur Sanierung maroder Klassenräume oder Toiletten.¹

Im Hinblick auf den Gesamtinvestitionsbedarf für Grundschulen laut Städte- und Gemeindegtag, der insgesamt 700 Millionen Euro beträgt, greift das Paket der Landesregierung zu kurz - und dabei sind die weiterführenden Schulen, die die kommunalen Haushalte über die Kreishaushalte mittelbar belasten, nicht einmal bedacht. Um auf den ab August 2026² bestehenden Anspruch auf Ganztagsbetreuung zu reagieren, beinhaltet das Förderprogramm, welches sich aus Bundesmitteln speist, ein Investitionsvolumen von 40 Millionen Euro.³ Laut Berechnungen des Saarländischen Städte- und Gemeindegtages liegt der Bedarf dafür allein allerdings schon bei über 330 Millionen Euro.⁴ Dass die 40 Millionen Euro da nur ein Tropfen auf dem vielbeschworenen heißen Stein sind, erscheint offensichtlich.

¹ https://www.saarland.de/mibs/DE/aktuelles/newsletter/medieninformationen/_documents/2023/pm188_2023-10-16-SchulbauprogrammBAUSTEIN.html

² <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/rechtsanspruch-auf-ganztagsbetreuung-ab-2026-beschlossen-178826>

³ https://www.saarland.de/mibs/DE/aktuelles/newsletter/medieninformationen/_documents/2023/pm188_2023-10-16-SchulbauprogrammBAUSTEIN.html

⁴ https://www.ssgt.de/fileadmin/user_upload/SSGT/PDF/Presse/2023/Okttober_November_Dezember/PM_SSGT_Schulbauprogramm_Baustein.pdf

Auch im Hinblick auf die weitere Bedarfslage darf die finanzielle Situation unseres Landes nicht unbeachtet bleiben, da Investitionen in der benötigten Größenordnung nach derzeitigen verfassungsrechtlichen Maßgaben schlicht nicht umzusetzen sind. Hier ist der Bund entsprechend des Prinzips „wer bestellt, bezahlt“, in der Pflicht, die Länder finanziell weitergehend zu unterstützen.

Diese Mittel dürfen jedoch nicht zur Einbahnstraße werden. Die Kommunen müssen das zur Verfügung gestellte Geld auch konsequent abrufen. Hierzu müssen die personellen Ressourcen auf den Bauämtern entsprechend eingesetzt, Fördermittelanträge rechtzeitig und überhaupt gestellt, die Hilfestellungen bei der Beantragung genutzt und notfalls auf externe Planungsbüros zurückgegriffen werden.

Begründung:

Beschlusslage des Kreisrates des JU Kreisverbandes Saarlouis

Weitere Erläuterungen erfolgen ggf. mündlich

Änderungsantrag zum JU Wahlprogramm zur Kommunalwahl am 09.06.2024

Antragsteller: Junge Union Kreisverband Saarlouis

Abschnitt: Digitalisierung an Schulen

Kommentiert [R3]: Ä8

Änderungsantrag

Absatz streichen und ersetzen durch:

Digitalisierung voranbringen, rechtliche Rahmenbedingungen schaffen

Im Lichte einer immer stärker vernetzten Welt erachten wir auch einen Ausbau der digitalen Infrastruktur in unseren Schulen für notwendig. Digitalkompetenzen müssen bereits früh aufgebaut und gefördert werden, ohne dabei aber das analoge Arbeiten aus dem klaren Fokus zu rücken. Um hier einheitliche Standards zu gewährleisten, ist es aus unserer Sicht angezeigt, die rechtlichen Rahmenbedingungen in den Lehrplänen zu schaffen.

Durch den Digitalpakt Schule sowie entsprechende Landesprogramme ist eine weitestgehende Grundausstattung gegeben. Dennoch erwarten wir, dass sich die Landesregierung beim Bund für eine schnelle Neuauflage des auslaufenden „Digitalpakt Schule“ einsetzt. Ansonsten läge es allein an den Kommunen, für Instandhaltung und weiteren Ausbau der digitalen Infrastruktur an den Schulen aufzukommen. Jedoch liegt es auch im Verantwortungsbereich der Kommunalparlamente, dafür zu sorgen, dass dieses Thema mit Auslaufen des Programms nicht ad acta gelegt wird.

Begründung:

Beschlusslage des Kreisrates des JU Kreisverbandes Saarlouis

Weitere Erläuterungen erfolgen ggf. mündlich

Änderungsantrag zum JU Wahlprogramm zur Kommunalwahl am 09.06.2024

Antragsteller: Junge Union Kreisverband Saarlouis

Abschnitt: Sichere Schulwege

Kommentiert [R4]: Ä9

Änderungsantrag

ersetze:

Hierfür braucht es eine gute Beleuchtung der Wege, Schullotsen oder Tempo 30-Zonen vor Schulgebäuden.

durch:

Hierfür braucht es vor allem kluge Konzepte zum Umgang mit den Elterntaxis, wie bspw. die Einrichtung von Hol- und Bringzonen und verkehrsberuhigten Bereichen, den Einsatz von Schullotsen, des Ordnungsamtes sowie der Polizei, ebenso wie gute Beleuchtung.

Begründung:

erfolgt ggf. mündlich

Änderungsantrag zum JU Wahlprogramm zur Kommunalwahl am 09.06.2024

Antragsteller: Junge Union Kreisverband Saarlouis

Abschnitt: Mobilität

Änderungsantrag

füge neuen Absatz ein:

Bessere Anbindung in Ballungsgebiete schaffen, ÖPNV-Angebote ausweiten, Schulwege verbessern

Während Grundschulen bisweilen vielerorts noch gut erreichbar sind, liegen weiterführende Schulen oft in größerer Entfernung. Für Jugendliche aus bisher nicht genügend angebundenen Orten entstehen so bisweilen nicht nur oft erheblich längere Heimfahrten, sondern auch Anbindungsschwierigkeiten abseits der Stoßzeiten, um am sozialen Miteinander teilzuhaben. Aus diesem Grund ist es aus unserer Sicht notwendig, die Busanbindungen in diese Ortsteile signifikant zu verbessern.

Begründung:

Beschlusslage des Kreisrates des JU Kreisverbandes Saarlouis

Weitere Erläuterungen erfolgen ggf. mündlich

Kommentiert [R5]: Ä10

Änderungsantrag zum JU Wahlprogramm zur Kommunalwahl am 09.06.2024

Antragsteller: Junge Union Kreisverband Saarlouis

Abschnitt: Frühkindliche Bildung gestalten – Gemeinsam für unsere Kinder

Änderungsantrag

Kommentiert [R6]: Ä11

ersetze:

Jedoch dürfen Kosteneinsparungen nicht zu Lasten der Qualität durchgeführt werden

durch:

Jedoch dürfen diese zusätzlichen Kosten nicht zu einem Qualitätsverlust im frühkindlichen Bildungsbereich führen. Aus diesem Grund muss dem Konnexitätsprinzip hier in besonderem Maße Rechnung getragen werden. Deshalb ist es an der Landesregierung für die zusätzlichen Kosten aufzukommen und diese nicht bei den Trägern abzuladen.

Begründung:

Beschlusslage des Kreisrates des JU Kreisverbandes Saarlouis

Weitere Erläuterungen erfolgen ggf. mündlich

Änderungsantrag zum JU Wahlprogramm zur Kommunalwahl am 09.06.2024

Antragsteller: Junge Union Kreisverband Saarlouis

Abschnitt: Frühkindliche Bildung gestalten – Gemeinsam für unsere Kinder

Änderungsantrag

Kommentiert [R7]: Ä12

füge neuen Absatz ein:

Frühkindliche Bildung als Grundvoraussetzung für einen reibungslosen Übergang in die Grundschule

Wer eingeschult werden soll, muss über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen. Wir setzen auf eine individuelle und bedarfsgerechte Förderung der deutschen Sprache in unseren Kitas und sonstigen Vorschuleinrichtungen.

Unter mangelbehafteten Sprachkenntnissen leiden erfahrungsgemäß nämlich nicht nur die Klassengemeinschaft und Lehrkräfte, sondern auch und vor allem diejenigen Kinder, die so nur unter erschwerten Voraussetzungen vollumfänglich zu integrieren sind und dem Unterricht nur schwer folgen können. Wir möchten dieser Herausforderung im Vorschulbereich begegnen, um jedem Kind die gleichen Chancen im Schulalltag und einen angenehmen Schulstart ermöglichen zu können.

Auch damit dürfen unsere Kommunen nicht im Regen stehen gelassen werden. Um diesen Aufgaben zu begegnen, braucht es ausgefeilte Sprachförderkonzepte aus dem Bildungsministerium. Einem wachsenden sprachlichen Nachholbedarf kann nicht mit auslaufenden Förderprogrammen, wie etwa der Sprach-Kita zum Ende des Jahres 2024⁵ reagiert werden. Diesbezüglich muss schnell Planungssicherheit über das Ende des laufenden Jahres hinaus her. Die Landesregierung sollte sich beim Bund entschieden für eine Wiederaufnahme von Sprachförderprogrammen einsetzen.

Begründung:

Beschlusslage des Kreisrates des JU Kreisverbandes Saarlouis

Weitere Erläuterungen erfolgen ggf. mündlich

⁵ https://www.saarbruecker-zeitung.de/saarland/land-uebernimmt-traegerschaft-der-sprach-kitas-vom-bund_aid-92109219